Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL)

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. Griechenland wird in die Pleite getrieben
2. Wirtschaftsweiser fordert Ende der Sparpolitik
3. Reiche hinterziehen Steuern bis zu 280 Mrd. Dollar
4. Die Reichen verlassen den Süden
5. SPD-Chef Sigmar Gabriel prügelt auf Banken ein!
6. Kassensturz: Ostdeutschland liegt ökonomisch weiter zurück als vermutet
7. Richtig gepohlt
8. Neuer Vorwurf gegen Wulff
9. Deutsche Bank spendet kräftig für Mitt Romney
10. Betriebsrente ist in Gefahr
11. Verarmt, verstorben, verscharrt – Wenn der Tod zu teuer ist
12. Speditionen in Not – Brummis ohne Fahrer
13. Tagesschau-Apps
14. EU-Kommission will Open Access vorantreiben
15. ZDF-Sommerinterview mit Katja Kipping
16. Robert Kurz ist gestorben
17. TV-Tipp: Wilfried Schmickler: Weiter
18. Zu guter Letzt: Eine Selbstanzeige einer Millionärin aus Meerbusch

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Griechenland wird in die Pleite getrieben**
   a. **IWF will Griechenland-Hilfen stoppen**
   Griechenland könnte schon im September pleitegehen. Der Internationale Währungsfonds hat nach Informationen des SPIEGEL der Brüsseler EU-Spitze signalisiert, dass er sich nicht an weiteren Hilfen für das Land beteiligen werde. Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung: *In der Printausgabe des Spiegel heißt es weiter: Damit werde eine Pleite Athens im September wahrscheinlicher.*

Dazu passend:

b. **IWF-Ökonom rechnet mit Lagarde ab**
20 Jahre arbeitete er beim IWF, zum Abschied zieht der Ökonom Peter Doyle eine verheerende Bilanz über den Fonds. Dieser habe Warnungen vor der Euro-Krise unter Verschluss gehalten, Lagarde sei nicht die richtige Chefin. Er schäme sich, je für die Organisation gearbeitet zu haben.
In seinem Brief spricht der Ökonom dem IWF die Kompetenz ab, als Kontrollinstanz in der Krise aufzutreten. Der IWF habe es versäumt, Gefahren aufzuzeigen und davor zu warnen, schreibt Doyle. Dabei seien die Risiken von Experten des IWF durchaus erkannt worden, doch die Führung habe die Warnungen unterdrückt. Weil der Fonds nicht entschieden gehandelt habe, stehe nun der Euro am Abgrund, kritisiert Doyle.
Quelle: Spiegel Online

c. **Rösler gibt Griechenland kaum noch eine Chance**
Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler sieht kaum noch Chancen für einen Erfolg des griechischen Reformprogramms – und damit einen Verbleib des Landes in der Euro-Zone. Ein Austritt des Landes habe aber auch längst seinen Schrecken verloren, sagte er im Sommerinterview des ARD-"Berichts aus Berlin" "Ich bin mehr als skeptisch", sagte er mit Blick auf die Umsetzung der Auflagen der internationalen Gemeinschaft als Voraussetzung für Finanzhilfen. Man müsse zunächst den Bericht der sogenannten Troika von EU-Kommission, EZB und IWF im Herbst abwarten.
Wahrscheinlich werde Griechenland seine Auflagen jedoch nicht abarbeiten können. "Wenn Griechenland seine Auflagen nicht erfüllt, dann kann es keine weitere Zahlungen mehr geben", sagte der FDP-Chef. Das Land werde dann zahlungsunfähig sein. Dies werde wohl eine Diskussion im Land selbst auslösen: "Die Griechen werden dann selber zu der Überzeugung kommen, dass es vielleicht klüger ist, aus der Euro-Zone auszutreten."
Quelle: ARD tagesschau.de

Anmerkung WL: *Ein Austritt Griechenlands habe seinen Schrecken verloren. Auf die Frage, welche Auswirkungen eine Pleite Griechenlands für die deutsche Wirtschaft und für Spanien, Portugal oder Italien hätte, wurde der Wirtschaftsminister nicht gefragt. Wie viel wirtschaftspolitischen Sachverstand Rösler hat, zeigt sich an dem Beispiel, das er selbst nennt: „Röslers haben Schulden, die haben sich ein Haus gekauft, wenn ich jetzt Herrn Trittin fragen würde, ob er sich an unseren Hausschulden beteiligen würde, privat ganz*

persönlich, vermute ich mal, er würde es nicht tun. Er fordert aber genau das Gleiche auf europäischer Ebene, und zwar warum, weil es offenbar nicht sein Geld ist, sondern das Geld der deutschen Steuerzahler."
Kein Wunder, dass nach einer Umfrage von Bild am Sonntag 62 % der Befragten der Meinung sind, Rösler solle gehen.

d. **Dobrindt fordert Drachmen für Beamte und Rentner**
Die CSU hat die Regierung in Griechenland aufgefordert, Beamten und Rentnern ab sofort Drachmen statt Euro zu überweisen. „Der griechische Staat sollte jetzt damit anfangen, die Hälfte seiner Beamtengehälter, Renten und sonstigen Ausgaben in Drachmen auszuzahlen", sagte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt der „Welt am Sonntag".
„Der sanfte Weg zurück zur alten Währung ist für Griechenland besser als ein harter Schnitt. Die Drachme als Parallelwährung würde die Chance eröffnen, wirtschaftliches Wachstum zu entfalten."
Quelle: FOCUS Online

Anmerkung WL: *Viel mehr Populismus geht wohl kaum.*

2. **Wirtschaftsweiser fordert Ende der Sparpolitik**
Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger will den Krisenstaaten mehr Luft verschaffen – und die strikte Sparpolitik in Europa aufweichen. Flankiert werden soll das von einem noch niedrigeren Leitzins.
"Die Problemländer sollten so lange mit der Umsetzung neuer Sparmaßnahmen warten, bis ihre Wirtschaft wieder aus der Rezession heraus ist", sagte Bofinger.
Bofinger plädiert dafür, dass die Europäische Zentralbank (EZB) trotz des historischen Tiefs die Zinsen noch weiter verringert, "um die Konjunktur anzukurbeln und die Banken zu stabilisieren".
Der private Konsum sei in Deutschland nach wie vor relativ schwach. "Deswegen haben die Einzelhandelsunternehmen wie Neckermann, Karstadt, Görtz auch diese Probleme."
Nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums hat die deutsche Wirtschaft im Frühjahr bereits an Fahrt verloren.
Quelle: Welt online
3. **Studie – Reiche hinterziehen Steuern bis zu 280 Mrd. Dollar**
Die Reichen der Welt haben einer Studie zufolge Finanzvermögen von 21 bis 32 Billionen Dollar in Steueroasen gebunkert.
Dadurch seien den Staaten Einkommensteuern in Höhe von bis zu 280 Milliarden Dollar entgangen, hieß es in einer am Sonntag veröffentlichten Untersuchung für die

Organisation Tax Justice Network (Netzwerk für Steuergerechtigkeit).
Quelle 1: Reuters
Quelle 2: The Guardian: £13tn: hoard hidden from taxman by global elite

4. **Die Reichen verlassen den Süden**
   Sie mogeln sich am Fiskus vorbei – und verschlimmern so die Euro-Krise.
   Griechen, Spanier und Italiener ziehen im Augenblick Milliarden von ihren Konten ab. Zwischen Januar und Mai sanken beispielsweise die Einlagen bei spanischen Banken um 86 Milliarden Euro. Ein großer Teil davon wurde nicht ausgegeben, sondern anderswo wieder deponiert, vielfach in der Schweiz. Dorthin bringen das Geld vor allem Reiche, die ihrer Heimat nicht mehr ganz trauen, die Sicherheit suchen…
   Die Einlagen griechischer Kunden auf Schweizer Banken legten im vergangenen Jahr um 1,5 auf 4,3 Milliarden Franken zu; dies besagt eine jüngst veröffentlichte Erhebung der Schweizerischen Nationalbank. Die Einlagen aus Spanien stiegen um 600 Millionen auf 7,9 Milliarden Franken, jene aus Italien um 1,4 auf 16,5 Milliarden Franken…
   In Italien, wo gerade Steine auf Steuereintreiber geworfen werden, beliefen sich 2009 die durch legale Steuervermeidung und illegale Steuerflucht entgangenen Staatseinnahmen auf geschätzte 120 Milliarden Euro. Diese Summe ist viermal so groß wie das Sparpaket, zu dem sich die Regierung um Premier Mario Monti Anfang des Jahres durchrang…
   Rund 260.000 internationale Firmen sind im zyprischen Handelsregister eingeschrieben. Allein in den vergangenen beiden Jahren sollen 1.500 griechische Unternehmen ihren Geschäftssitz auf den benachbarten Inselstaat verlegt haben.
   Das ist das größte Steuerproblem der Europäischen Union. Es sind nicht die Paradiese Cayman Islands, Singapur oder Jersey. Es sind Steueroasen auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet.
   Quelle: Die Zeit Online
5. **SPD-Chef Sigmar Gabriel prügelt auf Banken ein!**
   Der SPD-Chef: „Die Bundestagswahl 2013 muss zu einer Entscheidung über die Bändigung des Banken- und Finanzsektors werden.“
   BILD dokumentiert die härtesten Vorwürfe:
   - „Banken erpressen die Staaten“
   - „Banken diktieren die Politik“
   - „Einige Banken leisten Beihilfe zur Steuerkriminalität“
   - „Banken zahlen unanständige Gehälter“

- „Banken spekulieren riskant mit dem Geld ihrer Sparer“
- „Banken manipulieren“

Quelle 1: Bild.de
Quelle 2: Gabriels Anti-Banken-Thesen in voller Länge

Anmerkung WL: *Gut gebrüllt Löwe, möchte man Gabriel zurufen. Aber wer garantiert uns, dass dieses Papier nicht wieder nur wie 2005, als Müntefering den Spekulanten den Vorwurf machte, sie verhielten sich wie „Heuschrecken“, nur eine Art Sichtblende ist, hinter der damals die Regierung Schröder die Deregulierung der Finanzmärkte vorantreiben konnte. Es gab ja schon einmal ein Papier einer Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion in dem Kritik an der Finanzmarktpolitik geübt wurde. Passiert ist nichts.*
Immerhin gesteht Gabriel ein, dass auch die Politik „in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht“ habe. Aber dann kommt gleich wieder der Rückzieher, dass es ja nur „eine Minderheit von Bankenmanagern“ sei, die durch „ihr Verhalten täglich einen gigantischen volkswirtschaftlichen Schaden“ anrichteten. Das „systemische Problem“ wird also gleich wieder auf die Ebene moralischen Versagens verschoben.
Es wäre schon viel gewonnen, wenn Gabriel und die SPD wenigstens einige Fehler korrigieren würden, die während der rot-grünen Regierungszeit und unter der Großen Koalition gemacht wurden. Siehe dazu Die „Deregulierung und die Förderung des Finanzmarktes durch die Bundesregierung“
Im Übrigen hat Peer Steinbrück gerade in Bild am Sonntag verkündet, dass er im Herbst Vorschläge für eine Regulierung und eine Bankenaufsicht machen werde. Wir werden dann sehen, was von den Gabriel-Thesen dann noch übrig bleibt. Es ist schon beachtlich, wenn jemand, wie Steinbrück, der in der Partei keine Funktion mehr hat, seinen Parteichef zurückpfeift und ihn quasi auffordert auf seine Vorschläge zu warten. Man mag ja anderer Meinung sein als die Vorsitzende der Linkspartei, aber muss man deshalb in einem unabhängigen, angeblich ausgewogenen und vom Gebührenzahler finanzierten Sender Partei ergreifen, statt ein informierendes Interview zu führen. Ich bewundere Frau Kipping, dass sie nicht aufgestanden und gegangen ist.

6. **Kassensturz: Ostdeutschland liegt ökonomisch weiter zurück als vermutet**
   22 Jahre nach der “Deutschen Einheit” ist der Osten wirtschaftlich noch weiter vom Westen entfernt, als bisher gedacht…

Der Osten ist auch heute noch die verlängerte Werkbank des Westens und er ist – besonders forciert durch die so genannten Hartz-Reformen – zum Dienstleister der Nation geworden. Und – die Zahlen machen es deutlich – zum Billigdienstleister. Der Aufschwung der gesamtdeutschen Wirtschaft ist mit der Lohndrückerei im Osten bezahlt.
Der Osten erreichte nach den neuen Berechnungen im Vorkrisenjahr 2008 beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nur 66 Prozent des Westniveaus statt der bisher gehandelten 69 Prozent und bei der Produktivität je Arbeitsstunde 70 Prozent statt 75 Prozent.
Quelle: Leipziger Internetzeitung

7. **Richtig gepohlt**
   Das politische Netzwerk der Deutschen Vermögensberatung (DVAG)
   Quelle: abgeordnetenwatch [PDF – 77.6 KB]

   Anmerkung WL: *Siehe dazu nochmals „Beraten und verkauft". Pohl und seine DVAG gehören auch zu den Spendern an die CDU, die unter Umgehung der Bekanntmachungspflicht des Parteiengesetzes „gestückelte" Spenden überwiesen haben. Siehe dazu auch nochmals: „Schwarze Kassen der CDU/CSU – Dokumentation der Machtkonstruktion". Das Beziehungsgeflecht von Reinfried Pohl geht jedoch auch in den Journalismus hinein. So hat Bild-Kolumnist Müller-Vogg in seiner Rede vor der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater (BDV) im Mai 2006 unter der Überschrift „Abschied vom Versorgungsstaat" das hohe Lied auf die „Eigentümerunternehmer, die Selbständigen und die Freiberufler" und auf den Chef der Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft (DVAG), Reinfried Pohl, gesungen hat.*

8. **Neuer Vorwurf gegen Wulff**
   Die Ermittlungen gegen Christian Wulff könnten ausgeweitet werden. Zu seiner Zeit als Ministerpräsident ordnete er an, dass Niedersachsen für eine Steuerbefreiung in der Versicherungsbranche stimmt, nachdem ihn der Chef einer Versicherung darum gebeten hatte.
   Quelle: FAZ

   Anmerkung WL: *Eigentlich kann einem Wulff leidtun. Er wird ständig dafür geprügelt, für politische Korruption, die doch inzwischen ganz alltäglich ist. Der einzige Unterschied zu vielen anderen ist, dass bei Wulff inzwischen nachgehakt wird. In den NachDenkSeiten können Sie nahezu täglich lesen, wo es gleichfalls nach solcher Korruption stinkt. Es will nur keiner hin riechen.*

9. **Deutsche Bank spendet kräftig für Mitt Romney**
   Geht es nach der Mehrheit der deutschen Konzerne in den USA, bleibt Barack Obama nach der Wahl am 6. November für vier weitere Jahre Präsident der Vereinigten Staaten. Das geht aus offiziellen Spendendaten hervor, die das Washingtoner Center for Responsive Politics im Auftrag der WirtschaftsWoche ausgewertet hat.
   Nur die Deutsche Bank und der Allianz-Versicherungskonzern favorisieren demnach den republikanischen Herausforderer und Ex-Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney.
   Deutsche Bank und Allianz verbinden mit ihrer Pro-Romney-Initiative offenbar die Hoffnung, dass der Republikaner eine Politik verfolgt, die Finanzinstitutionen gegenüber freundlicher gesonnen ist als die von Obama.
   Romney hat starke Verbindungen in die Branche, war 1984 Gründungspartner des Finanzinvestors Bain Capital.
   Quelle: Wirtschaftswoche

   Anmerkung WL: *Sehen Sie dort auch die Grafik über die Spendenflüsse.*

10. **Betriebsrente ist in Gefahr**
    Die Altersvorsorge von 17 Millionen Deutschen ist bedroht: Die Pensionskassen können nur noch Anleihen mit niedrigen Zinsen aufnehmen. Der darauf folgende Anlagennotstand lässt die Renten schrumpfen.
    Das Problem, vor dem alle Versorgungswerke stehen, lässt sich an der Renditeentwicklung deutscher Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit ablesen: Warfen die Papiere im Jahr 2002 noch einen üppigen Ertrag von mehr als fünf Prozent ab, sind es heute gerade einmal 1,2 Prozent. Nach Abzug der Inflation machen Anleger mit Bundesanleihen derzeit sogar Verlust…
    Eine Modellrechnung des Anleihehauses Bantleon, das Versorgungswerke berät, zeigt die Brisanz. Sie geht von der Annahme aus, dass die Kassen überwiegend in Pfandbriefe mit besonders langer Laufzeit investieren. Setzt sich die Phase niedriger Zinsen nun fort, würde die jährliche Wertentwicklung eines typischen Portfolios einer Pensionskasse drastisch zurückgehen – innerhalb der nächsten fünf Jahre um insgesamt mehr als ein Drittel. Die Verzinsung würde dann jedes Jahr um etwa 0,3 Prozentpunkte abnehmen und von derzeit im Schnitt 4,0 Pr0zent bis 2017 auf nur 2,5 Prozent im Jahr sinken. Bleibt es bei dieser Zinsdifferenz auf Dauer, könnten dem Ruheständler später hohe Summen fehlen. Wer bisher 1.000 Euro erwartete, bekäme dann nur noch etwa 650 Euro.
    Quelle: FAZ

Anmerkung WL: *So „sicher“ ist also die kapitalgedeckte Altersvorsorge, demografiefest sei sie und renditestark, so hieß es doch. Interessant ist, dass gerade einer der lautesten wissenschaftlichen Lobbyisten für die Kapitaldeckung aller Vorsorgeleistungen (von der Pflege bis zur Rente), Bernd Raffelhüschen, vor „ernsten Schwierigkeiten“ vieler Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge warnt und die 17 Millionen Arbeitnehmer, die in Betriebsrenten einzahlen, darauf einstimmt, das sie geringere Erträge aus ihrer Rente erzielen. Für Firmen, die ihren Beschäftigten eine hohe feste Verzinsung zugesagt hätten, könne die Pensionskasse zum Verlustgeschäft werden. Gegen die Insolvenz eines Unternehmens seien die Renten allerdings nur zum Teil, nämlich allenfalls in Höhe der eingezahlten Beträge, gesichert. Die Ordoliberalen verlangen doch immer, dass Handeln und Haften zusammen gehören. Wer nimmt Raffelhüschen für sein früheres Handeln (Propaganda für die kapitalgedeckte Rente) in Haft?*

11. **Verarmt, verstorben, verscharrt – Wenn der Tod zu teuer ist**
    Ein Film von Gudrun Thoma und Sebastian Schütz.
    die story zeigt, wie mit armen Toten umgegangen wird. Die Autoren sprechen mit Bestattern, Behörden und Politikern und begleiten Betroffene, bei ihrem Hindernislauf durch die Ämter.
    Quelle: WDR Fernsehen
12. **Speditionen in Not – Brummis ohne Fahrer**
    Deutsche Fuhrunternehmer suchen dringend nach Fahrern. Das Ende der Wehrpflicht hat das Problem verschärft, denn bei der Bundeswehr haben junge Männer früher oft den Lkw-Führerschein gemacht. Experten fürchten noch mehr übernächtigte Laster-Lenker auf den Straßen…
    Der Fahrermangel habe mehrere Gründe: Schuld sei zum einen die vergleichsweise niedrige Bezahlung. Auch die “hohe psychische und körperliche Belastung” schrecke den potentiellen Nachwuchs ab. Zudem habe der Beruf in der Öffentlichkeit ein schlechtes Image…
    In der Speditionsbranche nimmt der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter stark zu, die Beschäftigten wechseln häufig den Arbeitgeber.
    Laut der Umfrage ist die Fluktuation bei mehr als 90 Prozent der Unternehmen “eher stark” oder “stark”.
    Quelle: SPIEGEL Online

    Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das Gejammer wegen des angeblichen Fachkräftemangels nimmt kein Ende.*
    Würden die Leute einfach nur ordentlich bezahlt und behandelt und hätten halbwegs

vernünftige Arbeitszeiten, dann würden die Spediteure mit Bewerbungen überschwemmt werden. Im Übrigen gibt es m. W. viele arbeitslose Lkw-Fahrer.

13. **Tagesschau-Apps**
Sind die noch ganz dicht? Die Zeitungsverleger schrumpfen ihre Vollredaktionen bis zur Unkenntlichkeit, bei der ARD läuft zur besten Sendezeit eine Krankenhausserie, und während also gerade die Spitze der deutschen Publizistik den letzten Beweis ihrer Belanglosigkeit anzutreten scheint, muss sich ein Kölner Richter den Kopf darüber zerbrechen, wie viele Buchstaben die Tagesschau über die Eurokrise ins Internet setzen darf…
Die Kollegen von der Tagesschau machen sich die Mühe, mir in einem Artikel zu erklären, warum das Bundesverfassungsgericht erst im September entscheiden kann? Klasse!
Konkurrenz belebt das Geschäft und dem Informationsbedürfnis der Menschen dienen die klassischen Medien am besten, wenn sie stets damit rechnen müssen, dass es die anderen vielleicht noch besser machen. Warum also muss ein Kölner Richter über etwas entscheiden, das nun wirklich in die morgendliche Redaktionskonferenz von ARD aktuell oder der Süddeutschen Zeitung gehört? Und vielleicht sollten solche Entscheidungen auch tatsächlich nur dort getroffen werden.
Quelle: DLF

Anmerkung WL: *Siehe „Zensur durch den Markt“.*

14. **EU-Kommission will Open Access vorantreiben**
Forscher und Unternehmen sollen künftig leichter die Resultate öffentlich geförderter Forschung nutzen können. Nach dem Willen der Europäischen Kommission sollen bis 2016 etwa 60 Prozent der Publikationen im Rahmen öffentlich geförderter Forschung als Open-Access-Veröffentlichungen frei zugänglich sein. Eine entsprechende Empfehlung gab die Kommission am Dienstag bekannt.
Brüssel will den Urhebern dabei die Wahl zwischen zwei Open-Access-Varianten lassen. Zum einen könnten sie den “goldenen Weg” der Publikation abseits etablierter Verlagsstrukturen gehen. Die dabei entstehenden Veröffentlichungskosten “können gegebenenfalls erstattet werden”. Zum anderen hält sie auch den “grünen Weg” offen, bei dem die Forscher ihre Ergebnisse zunächst in traditionellen Fachpublikationen veröffentlichen und nach einer mehrmonatigen Übergangsfrist zusätzlich selbst online stellen und über ein Archiv frei zugänglich und einfach auffindbar machen.
Quelle: heise online

Anmerkung WL: *Es ist nun auch wirklich nicht einzusehen, dass an mit Steuergeldern finanzierter Forschung, Verlage Geld verdienen und so eine Geldbarriere vor vorhandenem Wissen aufbauen.*

15. **ZDF-Sommerinterview mit Katja Kipping**
    Quelle: ZDF

    Anmerkung WL: *Vergleichen Sie doch einmal selbst, wie unterwürfig das ZDF in den Sommerinterviews mit dem Bundespräsidenten oder der Bundeskanzlerin umgegangen ist, mit dem Interview mit Katja Kipping. Thomas Walde geht von Anfang an geradezu feindselig mit seiner Gesprächspartnerin um. Er bedient sämtliche Klischees des politischen Mainstreams und lobt den Agendakurs der deutschen Regierungen in höchsten Tönen, sieht Lohnkürzungen und Sozialabbau als Leistung „der Deutschen". Den Antworten von Kipping hört er gar nicht zu, sondern er polemisiert nur. Dann gibt es noch einen Einspieler der ein Zerrbild der Ziele des Parteiprogramms der Partei die LINKE zeigt, ohne dass Kipping dazu Stellung nehmen könnte. Wenn Kipping auf Fragen, wie z.B. einer möglichen Regierungsbeteiligung antwortet, behauptet Walde, sie würde nicht auf seine konkreten Fragen eingehen. Wo würde das bei sonstigen sog. Interviews gerügt? Wenn Kipping Waffenexporte nach Nahost ablehnt, legt Walde ihr in den Mund, sie sei gegen „humanitäre" Maßnahmen in Syrien.*

16. **Robert Kurz ist gestorben**
    Der Autor, Philosoph und Publizist Robert Kurz ist mit 68 Jahren an den Folgen einer fehlgeschlagenen Operation verstorben.
    Wir waren gewiss nicht immer seiner Meinung, doch die Linke in Deutschland hat mit Robert Kurz einen kritischen Geist verloren.
    Quelle 1: Exit
    Quelle 2: junge Welt
17. **TV-Tipp: Wilfried Schmickler: Weiter**
    Der Kölner Kabarettist Wilfried Schmickler gilt als "Scharfrichter" des Kabaretts. In seinem neuen Programm geht es aktuell "Weiter". 3sat zeigt den ersten Teil seines Programms.
    Montag, 23. Juli 2012, 20.15 Uhr
    Aufzeichnung aus dem Comedia Theater Köln vom November 2011.
    Die Sendung ist auch zeitgleich im Internet zu sehen.
    Am 30. Juli 2012, 20.15 Uhr it auf 3sat der 2.Teil seines Solo-Programms zu sehen.

Quelle: 3sat

18. **Zu guter Letzt: Eine Selbstanzeige einer Millionärin aus Meerbusch**
Nordrhein-Westfalen kann es einfach nicht lassen. Innerhalb von nur einer Woche sollen gleich zwei Steuer-CDs gekauft worden sein. Während Deutschland und Schweiz noch darüber nachdenken, was das für den Ratifizierungsprozess des Steuerabkommens bedeutet, macht sich Inge aus Meerbusch ihre Gedanken. Und wie viele andere will sie sich nun selbst anzeigen. Nur…wie geht das eigentlich?
Quelle: WDR